An der Spitze im Westen

CDU

KREIS HEINSBERG

UNION HS

29. JAHRGANG - 309. AUSGBABE
März 2022 **Nr. 3**

MITGLIEDERZEITUNG DES CDU-KREISVERBANDES HEINSBERG

Der Hammer mit 99,1 Prozent

Foto: Astrid Stolz

Weitere Themen:

- Gedenktag zum Holocaust
- Wahlkampf per Whatsapp
- Digital-Talk zur Impfpflicht

INHALT

2 Editorial

3 Selbstbewusster Hendrik Wüst: „Mit uns ist wieder zu rechnen“

4 Mit Whatsappkanal gemeinsam in den Wahlkampf starten

5 Wir werden weiter an das dunkelste Kapitel unserer Geschichte erinnern

6 Ein Update für den Katastrophenschutz

7 Bericht von Sabine Verheyen Was offline nicht erlaubt ist, muss auch online verboten sein

8 Respekt für Ralph Brinkhaus und Erfolgswünsche für Merz

9 Digital-Talk zur Impfpflicht mit unseren Vorschlägen

10 Wird uns das Wasser abgedreht?

11 Es war uns eine Ehre dabei zu sein!

„Glücksfee“ hat Foto-prämien ermittelt

12 Termine 2022

EDITORIAL

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

ich schreibe diese Zeilen in Essen am Rande der Vertreterversammlung zur Aufstellung der CDU-Reserveliste für die Landtagswahl am 15. Mai.

Nach 100 Tagen im Amt hat unser Ministerpräsident Hendrik Wüst einen überzeugenden Rückblick auf seine Arbeit und die von Armin Laschet in dieser Legislaturperiode gegeben. Die Zustimmung von mehr als 99 Prozent der Delegierten war beeindruckend! Einen umfangreicheren Bericht zu dieser Veranstaltung schreibt Astrid Stolz.

Die Vertreterversammlung war ein weiteres Zeichen der Geschlossenheit der CDU. Wir haben aus dem Bundestagswahlkampf und dem erschreckenden Ergebnis der Bundestagswahl gelernt und treten geschlossen auf: Bei der Wahl von Hendrik Wüst zum neuen CDU-Landesvorsitzenden, bei seiner Wahl zum Ministerpräsidenten und nun bei seiner Wahl zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl.

Die NRW-CDU hat nach der Bundestagswahl in Meinungsumfragen bis zu 13 Prozent hinter der SPD gelegen. Unser geschlossener Auftritt in NRW, die weiterhin sachliche Arbeit der CDU/FDP-Koalition und insbesondere unser Ministerpräsident Hendrik Wüst haben dazu geführt, dass wir nun vor der SPD liegen.

Ich bitte Sie herzlich, bis zur Landtagswahl und darüber hinaus Geschlossenheit zu zeigen. Eine Analyse der Wahl und des Wahlkampfs werden wir in einer Kreis-Mitgliederversammlung im Juni vornehmen. Der Termin wird in der nächsten Kreisvorstandssitzung beschlossen.

Für Ihre Unterstützung werbe ich auch im Namen von Thomas Schnelle!

Herzliche Grüße aus Essen,

Ihr Bernd Krückel

INFOS AUS DER KREISGESCHÄFTSSTELLE:

Aufgrund der besonderen Situation (Corona/Covid 19) ist die CDU-Kreisgeschäftsstelle für Publikumsverkehr bis auf Weiteres geschlossen.

Telefonische Terminabsprachen sind möglich.

Wir bitten um Ihr Verständnis.

Bleiben Sie gesund!
Monika Schmitz · Ulrike Heuter

Redaktionsschluss für die Ausgabe April 2022: 15.03.2022

Selbstbewusster Hendrik Wüst: „Mit uns ist wieder zu rechnen“

Wirklich, wir fahren nach Essen zu einer Präsenzveranstaltung? Ja, es war an der Zeit, alte Bekannte und neue Gesichter wieder in Präsenz sehen zu können.

In der Grugahalle in Essen kamen am 19. Februar Delegierte aus ganz Nordrhein-Westfalen zur Landesvertreterversammlung der CDU für die Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl am 15. Mai 2022 zusammen.
Es war wieder die Möglichkeit zum persönlichen Austausch über die eigenen Kreis- und Bezirksgrenzen hinaus, die Möglichkeit hautnah die Reden unserer Ministerinnen und Minister zu verfolgen und vielleicht sogar die Möglichkeit eines gemeinsamen Bildes zu nutzen.

Am Rande der der Landesvertreterversammlung konnten (v.l.) Dirk Schulze, Astrid Stolz, Christoph Kaminski, Anna Stelten und Bernd Krückel auch Gespräche mit wichtigen Politikerinnen und Politikern, wie hier mit Ministerin Ina Scharrenbach (Mitte), führen.

Zur Einstimmung auf seine Bewerbungsrede präsentierte unser Landesvorsitzender und Ministerpräsident Hendrik Wüst seinen Imagefilm, aus dem ich die Botschaft mitgenommen habe, dass er als motivierter Machertyp mit voller Kraft und ganzem Herzen mit Klarheit und Verbindlichkeit, Verantwortung für Nordrhein-Westfalen übernehmen will. In seiner Bewerbungsrede zog er eine selbstbewusste Regierungsbilanz, stellte sehr eindringlich heraus, dass die CDU die Partei ist, die nach machbaren und innovativen Antworten auf die Fragen der Zeit sucht – „Mit uns ist wieder zu rechnen“. Und immer wieder betonte er: „Es macht einen Unterschied, ob wir regieren.“

Astrid Stolz und Anna Stelten waren in ihre Arbeit vor Ort vertieft.

Mit der vom Landesvorstand vorgeschlagenen Landesliste machte Hendrik Wüst einen personellen Vorschlag für ein Team, das den Unterschied macht. An die Spitze dieses Teams, auf Platz 1 der Landesliste, wurde er mit 99,1 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen gewählt. Ein herausragendes Ergebnis, das die alte Tugend der CDU, Geschlossenheit, wieder deutlich machte. Auch die anderen 133 Kandidatinnen und Kandidaten für die übrigen Plätze auf der Landesliste durften sich darüber freuen, allesamt gemäß der vorgeschlagenen Reihung gewählt zu sein. Selbst die Kampfkandidatur von Deniz Güner aus Duisburg, der für mehr kulturelle Vielfalt innerhalb der CDU warb, gegen die Kandidatur des Chefs der Staatskanzlei, Nathanael Liminski, auf Platz 12 der Liste, war nur ein kurzer Moment der Aufregung und ging mit einer klaren Mehrheit zugunsten von Nathanael Liminski aus. Aus unserem Kreisverband wurden Thomas Schnelle auf Platz 63, Bernd Krückel auf Platz 112 und Anna Stelten auf 120 gewählt.

Infos am Rande:

- Auf den ersten 20 Listenplätzen wurden 10 Frauen gewählt. Und auf den ersten beiden Listenplätzen sind mit Hendrik Wüst und Ina Scharrenbach zwei Mittvierziger. Die CDU wird weiblicher und jünger.
- Hendrik Wüst kündigte einen kurzen, aber intensiven Wahlkampf nach Ostern an. „Für Wahlkampf haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen“ in diesen Wochen kein Verständnis.“

Landesvertreterversammlung - Was ist das eigentlich?

Wie bei der Bundestagswahl ist es bei der Landtagswahl auch so, dass ein Teil der Mandate über die Wahlkreise (hier bei uns: Wahlkreis 9 und Wahlkreis 10) direkt vergeben werden und ein anderer Teil über die Landesliste. Über diese Liste, also über die Personen und ihre Platzierung auf der Liste, entscheidet die Landesvertreterversammlung der CDU Nordrhein-Westfalen.

Astrid Stolz

Mit Whatsappkanal gemeinsam in den Wahlkampf starten

Weniger als drei Monate und wir stehen wieder für unser Bundesland in den Wahlkabinen. Wenn sich die Wahlbeteiligung nicht entscheidend ändert, werden gut acht Millionen Menschen neben uns ihre Stimme abgeben.

Und im Kreis Heinsberg gilt es knapp 200.000 Menschen davon zu überzeugen, dass die einzig richtige Wahl, die der CDU ist! Unsere Wahlkampfvorbereitungen laufen auf Hochtouren. Mitte Februar gab es hierzu ein weiteres Treffen mit Vertretern der Stadt- und Gemeindeverbände sowie den Vereinigungen im Nord- und Südkreis. Wir arbeiten zudem in diesem Wahlkampf mit einem Whatsappkanal unserer Kandidaten, in den Informationen, Organisatorisches und Aktionen gespeist werden und mit dem wir Euch durch den Wahlkampf begleiten werden. Um dem Kanal beizutreten, scannt den hier im Artikel eingeklinkten QR-Code oder schickt eine Whatsapp-Nachricht mit der Bitte um Beitritt zum Kanal an die 0159 01204860. Wir werden zudem einen E-Mail-Newsletter aufsetzen, um Euch bestens mit zusätzlichen Informationen zu versorgen. (Dieser wird über die Kreisgeschäftsstelle versendet. Daher unsere Bitte: Teilt Eure aktuelle E-Mail-Adresse an **info@cdu-kreis-heinsberg.de** mit. Natürlich werden wir auch verstärkt im Wahlkampf die sozialen Medien nutzen.

Thomas Schnelle und Bernd Krückel hoffen auf rege Nutzung des neuen Whattsappkanals.

Unser Dank gilt hier insbesondere schonmal vorab der Jungen Union, die uns hier unterstützt. Für die sozialen Medien gilt wie immer: Wenn Ihr einen Account bei Facebook oder Instagram habt, liked, teilt und kommentiert in den kommenden Monaten, was das Zeug hält. Material, Bilder oder Themenvorschläge zu allem, was Euch relevant erscheint, könnt Ihr an unsere Socialmedia Abteilung per Mail an **socialmedia@cdu-kreis-heinsberg.de**. senden.

Bernd Krückel

LTW 2022 HS
WhatsApp Gruppe

So erreichen Sie Bernd Krückel:
Düsseldorfer Büro
Tel.: 0211/8842764
Fax: 0211/8843319
E-Mail: bernd.krueckel@landtag.nrw.de

So erreichen Sie Thomas Schnelle:
Düsseldorfer Büro
Tel.: 0211/8842780
Fax: 0211/8843319
E-Mail: thomas.schnelle@landtag.nrw.de

Wahlkreisbüro Tel.: 02433/85054 · Wildauer Platz · 41836 Hückelhoven

Wir werden weiter an das dunkelste Kapitel unserer Geschichte erinnern

Anlässlich des Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau blickten wir beim Holocaust-Gedenktag auf das schlimmste Verbrechen gegen die Menschlichkeit zurück.

Gegen das Vergessen, gegen Antisemitismus und Rassismus - und in Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus - wurde im Landtag eine Gedenkstunde abgehalten

Die Zeitzeugin Tamar Dreifuss erinnerte mit bewegenden Worten an ihre Flucht vor den Nationalsozialisten. Sie erlebte 1940 den deutschen Einmarsch im litauischen Ponar bei Wilna und die Ermordung vieler Jüdinnen und Juden.
Die Familie wurde 1941 ins Wilnaer Ghetto deportiert. Mit der Auflösung des Ghettos zerbrach die Familie. Der Vater starb im Konzentrationslager, die Mutter konnte mit Tamar Dreifuss fliehen. Ihr bewegender Bericht hat eindrücklich gezeigt wie wichtig die schwindenden Zeitzeuginnen und Zeitzeugen auch für unsere Erinnerungskultur sind, wie wichtig es ist, dass deren Geschichte weitergetragen und nie vergessen wird.

Daran erinnerte auch Abraham Lehrer, der als Vizepräsident des Zentralrats der Juden mahnte, dass die Gedenktage selbst nicht zu Feigenblättern der Gesellschaft werden, hinter denen die Schuld sich versteckt. Es müsse neben Symbolik mehr handfeste Arbeit auf dem Gebiet Antisemitismus geben. Bei Polizei und Bundeswehr müssten interne selbstkritische Prüfungen stattfinden. Lehrveranstaltungen zum NS-Unrecht müssten in der Juristenausbildung verpflichtend gemacht werden und der BDS-Beschluss des Bundestages solle auch vom Landtag NRW und allen Landtagen übernommen werden.

Der Präsident des Landtags, André Kuper, sagte zu Beginn der Gedenkstunde: „Wir behalten auf alle Zeiten mahnend in Erinnerung, was die Täter des NS-Regimes Generationen von Menschen angetan haben – auch unter den erschwerten Bedingungen der Pandemie.
Wir halten das Gedenken wach – gerade in diesen Zeiten, in denen Rassismus und Antisemitismus offen zutage treten und Menschen in unserem Land Parallelen zwischen dem Nationalsozialismus und Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie ziehen. Bei Demonstrationen werden Judensterne und der Hitlergruß gezeigt.

Im Düsseldorfer Landtag gab es stehende Ovationen für die Zeitzeugin Tamar Dreifuss.

Diese Vergleiche sind geschichtsvergessen. Sie sind geschmacklos. Sie sind verhältnislos. Wir werden weiter an das dunkelste Kapitel unserer Geschichte erinnern.
Wir werden weiter jenen Menschen eine Stimme geben, die unter der nationalsozialistischen Diktatur gelitten haben.
Und wir werden weiter eintreten für Demokratie und gegen Antisemitismus.“

Bernd Krückel

SAVE THE DATE 07.03.2022
Die MIT des Kreises Heinsberg lädt ein

„Strukturwandel im Kreis Heinsberg – Neue Chancen und Möglichkeiten für unsere Heimat“

SPITZE IM WESTEN
KREIS HEINSBERG

Referent: Ulrich Schirowski, Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Heinsberg

Gäste: Die CDU-Landtagskandidaten für unseren Kreis Thomas Schnelle und Bernd Krückel sowie Bürgermeister Stephan Muckel aus Erkelenz

Montag, 07.03.2022, 19:00 Uhr, Haus Hohenbusch Erkelenz
Es gelten die aktuellen Vorgaben der CoronaschutzVO

Anmeldung erbeten:
info@cdu-kreis-heinsberg.de
02452 91990

Ein Update für den Katastrophenschutz

Die CDU fordert eine stärkere Unterstützung der Städte und Kreise beim Katastrophenschutz.

Im vergangenen Sommer ereilte Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz die schwerste Naturkatastrophe, die wir alle jemals erlebt haben.

Die Flutkatastrophe kostete 49 Menschen das Leben und verursachte Schäden in Milliardenhöhe. Dass es nicht noch mehr Tote und Verletzte gab, ist dem entschlossenen und professionellen Handeln unserer Einsatzkräfte und dem großen Engagement der freiwilligen Helferinnen und Helfer zu verdanken. Wir alle hätten nie für möglich gehalten, dass uns ein Naturereignis mit solcher Wucht trifft. Aber es hat uns gelehrt: Es ist möglich, und wir müssen in Zukunft noch besser als bisher darauf vorbereitet sein.

Der Landtag hat daher jetzt einen Antrag der NRW-Koalition von CDU und FDP mit dem Titel „Update für den Katastrophenschutz in Nordrhein-Westfalen“ beschlossen. Wir fordern darin eine stärkere Unterstützung der Städte und Kreise beim Katastrophenschutz, eine Verbesserung der Leitstellen- und Behördenkommunikation, eine Stärkung der privaten Katastrophenvorsorge, sowie eine Unterstützung der ehrenamtlichen Strukturen durch Einsatzmittel und Know-how.

Neben vielen weiteren Gesprächen hat die CDU-Landtagsfraktion sich bei einem Werkstattgespräch mit rund 200 Expertinnen und Experten aus der Praxis – viele von ihnen waren im Juli selbst im Einsatz – ausgetauscht und Anregungen für ein Update des Katastrophenschutzes mitgenommen. Fest steht für uns: Effektiver Schutz wird vor Ort gemacht, wo das Know-how für lokale Besonderheiten vorhanden ist. Als Land müssen wir aber Unterstützung bieten – etwa durch übergeordnete Handlungsleitlinien und eine Überprüfung der Ausstattung von Katastrophenschutzeinheiten auf etwaige Lücken. Insbesondere müssen wir die Erkenntnisse, die wir zu einer besonderen Krisenlage haben, einheitlich so zusammenführen, dass wir lokale Lagebilder in Echtzeit erstellen können. Auch weitere Warnmöglichkeiten müssen geprüft werden.
Vor allem ist es unsere politische Verantwortung, dass wir die Bedeutung des Katastrophenschutzes nicht mehr aus den Augen verlieren – auch wenn uns ein solches Extremereignis hoffentlich für sehr lange Zeit erspart bleibt.

Der Untersuchungsausschuss zur Flut, in dem ich Sprecher unserer Landtagsfraktion bin, steht unter einem besonderen Zeitdruck, weil wir bis zum nahen Ende der Legislaturperiode möglichst umfangreiche Lehren aus den bitteren Erfahrungen der Katastrophe ziehen und Verbesserungen für die Zukunft anstoßen wollen.
Hierfür gehen die Befragungen bis in den Mai weiter. Neben dieser umfassenden Befassung mit dem Katastrophenschutz ist aber auch unser Innenminister Herbert Reul aktiv und hat eine Neustrukturierung des Katastrophenschutzes im Innenministerium vorgenommen. Im Februar wurde der Abschlussbericht des Kompetenzteams Katastrophenschutz vorgestellt. Die Ergebnisse bestätigten und vervollständigen die mit unserem o.g. Antrag angestoßenen Maßnahmen.

Was uns als NRW-Koalition von CDU und FDP von der Opposition im Landtag deutlich unterscheidet, ist, dass wir den Blick nach vorne richten und den Prozess einer Verbesserung des Katastrophenschutzes aktiv und konstruktiv unterstützen.
Schwarze-Peter-Spiele mit Wahlkampfrhetorik verhindern keine Überschwemmung und keinen Waldbrand. Unser Antrag und der Abschlussbericht des Kompetenzteams ist unter **www.Thomas-Schnelle.nrw** zu finden

Thomas Schnelle

Was offline nicht erlaubt ist, muss auch online verboten sein

Im Dezember 2020 hatte die Europäische Kommission mit dem Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act, DSA) neue Vorschriften für Dienstleistungen im digitalen Raum vorgelegt. Diese betreffen zum Beispiel soziale Medien, Online-Marktplätze und andere Online-Plattformen.

Im Januar legte das Europäische Parlament diesbezüglich seine Position fest. Als Berichterstatterin des Ausschusses für Kultur und Bildung war ich an den Verhandlungen maßgeblich beteiligt.
Nun stehen die Trilogverhandlungen zwischen dem EU-Parlament, der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten an.

Online-Plattformen haben in den letzten zwanzig Jahren rasant an Bedeutung gewonnen und spielen im Alltag vieler Menschen heute eine große Rolle. Sie bringen neue Möglichkeiten, gleichzeitig jedoch auch Gefahren mit sich.
Das primäre Ziel des DSA ist es daher, ein sicheres Online-Umfeld für Nutzerinnen und Nutzer in ganz Europa zu schaffen. Zudem soll der digitale Raum gerechter und transparenter gestaltet werden.

Vor diesem Hintergrund ist vor allem eine strengere Regulierung von Online-Plattformen und Tech-Giganten wie Facebook oder Google vorgesehen.
So sollen Nutzer im Internet besser vor Desinformation, Hassrede oder Produktfälschungen geschützt und politische Radikalisierung besser eingedämmt werden. Denn was offline nicht erlaubt ist, muss auch online verboten sein.

Das neue Gesetz über digitale Dienste (DSA) schreibt Online-Plattformen beispielsweise vor, dass sie den Nutzern erklären, wie deren Daten verwertet werden.
Auf diese Weise können Bürgerinnen und Bürger gezielte Werbung bewusster annehmen oder ablehnen.
Überdies können Online-Plattformen missbräuchliche Nutzer in Zukunft dauerhaft sperren und müssen Beschwerden innerhalb von zehn Tagen bearbeiten.
Darüber hinaus soll das Melden illegaler Inhalte vereinfacht werden.
Auch die sogenannte Media Safeguard Clause wurde von einer großen Mehrheit unterstützt.
Damit wird sichergestellt, dass auch amerikanische Plattformen die europäischen Grundrechte wie die Medienfreiheit und den Medienpluralismus schützen müssen.

Als Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung sehe ich neben den zahlreichen Vorteilen, die der DSA bringt, leider auch Schwachstellen insbesondere in Bezug auf den Mediensektor.
Illegale Inhalte dürfen zum Beispiel bis zur abschließenden Entscheidung online bleiben, sodass illegale Streams nicht direkt gestoppt werden können.
In meinen Augen kann dies schwerwiegende Folgen für den Kultursektor haben.

Der DSA ist aber dennoch in vielen Punkten ein großer Erfolg.
Er ist ein wichtiger Schritt im Kampf gegen Desinformation und illegale Inhalte im Netz und in vielen Punkten ein Meilenstein in der Regulierung von Online-Diensten auf EU-Ebene.

Ihre Europaabgeordnete

Sabine Verheyen

So erreichen Sie Sabine Verheyen:

Europabüro Aachen

Monheimsalle 37

52062 Aachen

Tel.: 0241 - 5600 6933/34

Fax: 0241 - 5600 6885

E-Mail: sabine.verheyen@ep.europa.eu

Mitarbeiter: Emily Tran
Lucy Hensel

Europabüro Brüssel

Rue Wiertz SPINELLI 15E202

B 1047 Brüssel

Tel.: 0032 228 37299/47299

Fax: 0032 228 49299

E-Mail: sabine.verheyen@ep.europa.eu

Mitarbeiter: Katharina Bertl
Jill Maassen

Respekt für Ralph Brinkhaus und Erfolgswünsche für Merz

Neuer Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist Friedrich Merz. Unser Parteichef übernimmt den Staffelstab von Ralph Brinkhaus, der die Unionsfraktion in den letzten dreieinhalb Jahren mit viel Engagement und Herzblut geführt hat.

Vor allem in der Zeit der Coronapandemie geleitete uns Ralph Brinkhaus durch manches raue Fahrwasser. Ralph Brinkhaus war ein verlässlicher Fraktionschef, der stets mit Sachverstand und Weitsicht gehandelt hat. Auch als Mensch schätze ich ihn sehr. Seine Entscheidung, zugunsten von Friedrich Merz auf eine erneute Kandidatur als Fraktionschef zu verzichten, betrachte ich mit höchstem Respekt.

Er stellt damit das Wohl der Partei über seine persönlichen Ambitionen. Dies ist ein Verhalten, das man im politischen Betrieb nicht sehr häufig sieht. Friedrich Merz wünsche ich in seiner neuen Rolle als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion viel Erfolg, Kraft und stets eine sichere und glückliche Hand.

Wilfried Oellers beglückwünschte Friedrich Merz zur Wahl und wünschte ihm viel Kraft, Erfolg und stets eine sichere Hand.

Ich bin davon überzeugt, dass er mit viel Engagement an seine Aufgaben herangehen und unsere Fraktion mit vielen neuen Ideen voranbringen wird.

So erreichen Sie Wilfried Oellers:

Wahlkreisbüro
Schafhausener Str. 42
52525 Heinsberg
Tel.: 02452 - 9788120
Fax: 02452 - 9788125
E-Mail: wilfried.oellers@bundestag.de

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 - 22777231
Fax: 030 - 22776233
E-Mail: wilfried.oellers@bundestag.de

Web: www.wilfried-oellers.de
Facebook: https://www.facebook.com/WilfriedOellers.CDU

Digital-Talk zur Impfpflicht mit unseren Vorschlägen

Im Digital-Talk stellte Wilfried Oellers die Vorschläge für ein „Impfvorsorgegesetz“ vor.

In einem Digital-Talk berichtete ich von der Orientierungsdebatte im Deutschen Bundestag über die Einführung einer Impfpflicht zur Bewältigung der Coronapandemie. (einsehbar unter www.bundestag.de/mediathek) Diese Debatte war erforderlich, da die Bundesregierung zu diesem Thema keine Position bezieht und damit auch keinen Gesetzentwurf vorlegt. Die Vorschläge sollen durch fraktionsübergreifende Gruppenanträge erarbeitet werden.

Entwickelt wurden folgende Vorschläge: Neben dem Verzicht auf eine allgemeine Impfpflicht wird eine solche ab 18 Jahre (erfüllt mit drei Impfungen, befristet bis zum 31.12.2023, kein Impfzwang) und eine Impfpflicht ab 50 Jahre (Pflicht zur Beratung für Ungeimpfte, Einführung eines negativen Impfregisters) vorgeschlagen. Die Unionsfraktion hat sich keinem dieser Anträge angeschlossen, sondern einen eigenen Vorschlag entwickelt. Unserem Vorschlag eines „Impfvorsorgegesetzes“ liegt zu Grunde, dass die derzeitige Coronawelle mit der Omikronvariante nicht durch eine jetzt sofort geltende Impfpflicht gebrochen werden kann. Hierfür käme sie zu spät. Auch wenn wir es heute noch nicht mit Sicherheit voraussagen können, so müssen wir uns auf eine weitere Coronawelle im kommenden Herbst vorbereiten. Daher ist ein vorausschauendes und flexibles Gesetz erforderlich mit der Zielrichtung, die Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems und der kritischen Infrastruktur künftig bei möglichst schonendem Eingriff in die Freiheitsrechte zu gewährleisten. Wir halten hierfür einen Dreiklang erforderlich. Zunächst muss sofort eine zuverlässige, sichere und zugleich einfach zu errichtende Datengrundlage über den Impfstatus der verschiedenen Altersgruppen in Form eines Impfregisters geschaffen werden. Nur eine ausreichende Datengrundlage ermöglicht die richtigen Reaktionen. Zudem bedarf es einer Intensivierung der Impfkampagne u.a. durch eine bessere und zielgerichtete Aufklärung sowie den Ausbau der Impfinfrastruktur. Ferner benötigen wir eine vorausschauende gesetzliche Regelung mit einem gestuften Impfmechanismus, der die nötige Flexibilität und gleichzeitig die Verhältnismäßigkeit einer Impfpflicht sicherstellt. Der vollständige Antragstext ist einsehbar auf **www.wilfried-oellers.de**
Mit dem Impfvorsorgegesetz sollen alle Vorbereitungen zur Einrichtung einer Impfpflicht getroffen werden, die durch eine weitere Beschlussfassung des Deutschen Bundestages gestartet sowie Umfang und Zeitraum festgelegt werden können. Dazu soll das Bundesministerium für Gesundheit dem Bundestag in einem Zwei-Wochen-Rhythmus über seine Einschätzung der aktuellen Coronalage berichten. Um eine weitere Coronawelle vor ihrem Beginn mit Impfungen zu begegnen, muss der Beschluss über den Start der Impfpflicht rechtzeitig und damit vor der Welle getroffen werden. Er stellt somit eine Prognose-Entscheidung dar. Sie findet jedoch auf der Basis einer besseren Datengrundlage statt, die eine passgenauere Entscheidung mit möglichst geringen und verhältnismäßigen Grundrechtseingriffen ermöglicht. Da Deutschland bisher immer später als andere Länder von einer Welle betroffen war, erscheint eine solche Prognose möglich. Neben der Darstellung der derzeitigen Vorschläge wurde im Digital-Talk auch ein Blick in andere Länder gerichtet. Die Erfahrungen aus Österreich (einziges EU-Land mit einer Impfpflicht), Dänemark, Spanien (beide mit verschiedenen Impfregistern) und weiteren Ländern sind hilfreiche Ratgeber. Die Debatte über die Einführung einer Impfpflicht wird uns auch in den nächsten Wochen intensiv beschäftigen.

Wird uns das Wasser abgedreht?

Die „Ampel-Koalitionäre“ der neuen Bundesregierung haben sich entschieden: Der Kohleausstieg soll vorgezogen werden. „Idealerweise“ soll dies schon bis 2030 geschehen.

Wir als CDU-Kreistagsfraktion Heinsberg sprechen uns ebenfalls grundsätzlich für ein frühzeitiges Ende des Kohleabbaus und einen verstärkten Einsatz umwelt- und klimafreundlicher Alternativen aus. Das Ende der Braunkohleverstromung ist richtig und wichtig. Ein Kohleausstieg ist aber erst dann gelungen, wenn auch dessen Folgen erfolgreich bewältigt werden. Wir haben als Kommunalpolitiker die Aufgabe und die Pflicht – im Sinne der Nachhaltigkeit – die drei Säulen Umwelt, Wirtschaft und Soziales zu berücksichtigen. Unabhängig von Entschädigungsfragen und dem Erfordernis eines massiven Ausbaus im Bereich der erneuerbaren Energien muss aber auch ein besonderes Augenmerk auf die Folgen für die besonders betroffenen Regionen gelegt werden. Der Braunkohlenausschuss der Bezirksregierung Köln hat Ende vergangenen Jahres beschlossen, dass ein wasserwirtschaftliches Gesamtkonzept erstellt werden soll. Der zeitlich ambitionierte vorgezogene Ausstieg stellt unseres Erachtens in wasserwirtschaftlicher und ökologischer Sicht eine besondere Herausforderung dar. Die Auswirkungen müssen im weiteren Verfahren Berücksichtigung finden, sodass es entsprechender Anpassungen des „Ausstiegsplans“ bedarf.

Drängende Fragen ergeben sich etwa beim Schutz wertvoller Naturschutz- und Feuchtgebiete, den Auswirkungen auf das Grundwasser, der Erstellung der Infrastruktur für Ersatzwasserlieferungen aus dem Rhein sowie der angestrebten gleichzeitigen Befüllung der Tagebaulöcher Hambach und Garzweiler. „Schon die ursprüngliche Planung war vor dem Hintergrund der Extremwetterereignisse und der in diesem Zusammenhang stehenden Niedrigpegel des Rheinwassers ambitioniert.

Der vorgezogenen Kohleausstieg muss mit dem Naturschutz und einer gesicherten Grundversorgung in Einklang gebracht werden. Foto: Pixabay

Hinzu kommt, dass neben dem verkürzten Zeitfaktor auch die Befüllung des Tagebaus Hambach angestrebt wird. Das halte ich für sehr problematisch und faktisch kaum umsetzbar“, sagt Landrat Stephan Pusch. Dabei ist insbesondere der Erkelenzer Raum betroffen. Stephan Muckel meint hierzu: „Einen gesunden und attraktiven See wollen wir unseren Kindern neben einer funktionierenden Wasserwirtschaft überlassen und erhalten.“ Dr. Ferdinand Schmitz, CDU-Kreistagsmitglied und Vorsitzender der Verbandsversammlung Naturpark Schwalm-Nette hat die Folgen für die Region im Blick: „Gerade der Naturpark Schwalm-Nette mit seinen wertvollen Feuchtgebieten ist besonders betroffen. Entsprechende Schutzmaßnahmen sind daher dringend erforderlich.“

„Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Verbandsversammlung des Naturparks Schwalm-Nette eine dahingehende Resolution beschlossen hat; wir setzen uns in den Gremien des Kreises für eine Unterstützung dieser Resolution ein“, ergänzt Harald Schlößer, Vorsitzender der CDU-Fraktion.

Dem stimmt auch Franz-Michael Jansen als Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel zu und ergänzt: „Der Kreis Heinsberg ist eine Region, die im Einklang mit ihren kleinen und größeren Gewässern und Strömungen lebt. Das haben wir in der Vergangenheit beispielsweise durch Renaturierungen belegt und das wollen wir auch zukünftig so halten und uns in den entsprechenden Gremien – besonders in meinem Ausschuss – dafür einsetzen.“

Es ist das erklärte Ziel der CDU-Kreistagsfraktion, die nachteiligen Folgen für unseren Kreis Heinsberg und seine Nachbarn so gering wie möglich zu halten. Wir sehen insbesondere die Rot-Gelb-Grüne-Bundesregierung in der Pflicht, dafür Sorge zu tragen, dass wir nicht die Leidtragenden des vorgezogenen Kohleausstiegs sind und das geeignete Ausstiegskonzepte vorgelegt werden. Den Naturschutz, eine gesicherte Grundversorgung und den vorgezogenen Kohleausstieg muss man in Einklang bringen.

Die CDU setzt sich für Dich ein!

Redaktionsteam der Kreistagsfraktion

IMPRESSUM

UNION HS-Mitgliederzeitung des CDU-Kreisverbandes Heinsberg

Herausgeber und Verlag:
CDU-Kreisverband Heinsberg
Schafhausener Str. 42 · 52525 Heinsberg
Tel. (0 24 52) 91 99 - 0
Fax (0 24 52) 91 99 - 40
info@cdu-kreis-heinsberg.de
www.cdu-kreis-heinsberg.de

Redaktion:
Bernd Krückel (verantw. im Sinne des Presserechts)
Druck: *Druckerei Jakobs GmbH*
Erscheinungsweise:
monatlich. UNION HS ist auf umweltfreundlich, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt. Der Bezugspreis ist im Mitgliederbeitrag enthalten. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Reisen:
Der CDU-Kreisverband Heinsberg ist der Vermittler der Reisen, nicht der Veranstalter.
Bankverbindungen des CDU-Kreisverbandes Heinsberg:
Kreissparkasse Heinsberg
IBAN DE70312512200002001006
BIC WELADED1ERK
Volksbank eG Heinsberg
IBAN DE66370694123300984010
BIC GENODED1HRB

Es war uns eine Ehre dabei zu sein!

Die Wahl des Bundespräsidenten in der 17. Bundesversammlung fand Corona-bedingt unter schwierigen Bedingungen statt. Um die Schutzvorschriften, insbesondere die Abstände, einhalten zu können, konnte die Bundesversammlung nicht im Reichstag stattfinden.

Im angrenzenden Paul-Löbe-Haus fanden die Delegierten, darunter auch die drei Heinsberger CDU-Vertreter Wilfried Oellers, Bernd Krückel und Thomas Schnelle, in insgesamt 17 Sitzungsräumen Platz. Ohne eine Vorstellung der Kandidaten Steinmeier, Trabert, Gebauer und Otte wurde von der Bundestagspräsidentin Bärbel Bas der erste Wahlgang eröffnet. Die 1.472 Delegierten wurden namentlich aufgerufen und mussten ihre Stimme in Wahlkabinen abgeben. Mit 1.045 Stimmen entfiel auf den Amtsinhaber Frank-Walter Steinmeier eine deutliche Mehrheit. Der Linke Gerard Trabert kam bei der Wahl auf 96 Stimmen, Stefanie Gebauer von den Freien Wählern auf 58 Stimmen und der von der AfD nominierte Max Otte auf 140 Stimmen – womit er weniger Stimmen erhielt als Wahlleute der AfD delegiert waren. In einer bemerkenswerten Antrittsrede ging der Bundespräsident mit dem russischen Präsidenten Putin hart ins Gericht.: „Wir sind inmitten der Gefahr eines militärischen Konflikts – eines Krieges in Europa und dafür trägt Russland die Verantwortung.“ Dazu

Die Heinsberger CDU-Wahlkreisabgeordneten Bernd Krückel (l.), Thomas Schnelle (2.v.r.) und Wilfried Oellers (r.) nutzten die Bundesversammlung für Gespräche, beispielsweise mit dem Nordrhein-Westfälischen Ministerpräsidenten Hendrik Wüst (2.v.links)

Bernd Krückel: „Die deutlichen Worte des Bundespräsidenten in Richtung Russland und die prägnante Forderung, dass Putin die Schlinge um den Hals der Ukraine lösen soll, waren für mich Höhepunkte der Bundesversammlung. Ich hätte mir von der Bundesregierung, insbesondere vom Bundeskanzler, derartig deutliche Worte gewünscht.“ Wilfried Oellers betonte, dass es für ihn etwas ganz Besonderes und eine große Ehre war, an der Wahl des Staatsoberhauptes teilnehmen zu dürfen. „Dass bei der Bundesversammlung sowohl Vertreterinnen und Vertreter der Landes- als auch Bundesebene sowie weiterer Gäste zusammenkommen, verleiht ihr einen besonderen und würdigen Rahmen, der gleichzeitig die Gelegenheit zu einem vielseitigen Austausch eröffnet, der in diesem Jahr wegen Corona leider nur sehr eingeschränkt stattfinden konnte“, so Oellers.

Redaktionsteam

„Glücksfee“ hat Fotoprämien ermittelt

Liebe Leserinnen und Leser unserer Union HS,

es ist schon eine Weile her, als Bernd Krückel zu einem Fotowettbewerb aufgerufen hat, dessen Ergebnisse als Fundus für unser Union HS-Fotoarchiv dienen soll.

In eine der letzten Ausgabe haben wir Ihnen ja bereits einige wunderschöne Motive, die uns erreicht haben, gezeigt. Wir haben danach noch ein wenig mit der Prämierung gewartet, weil - inspiriert durch die veröffentlichten Bilder – noch einige Nachzügler weitere Fotos eingereicht haben. Doch jetzt sollen die ausgelobten „Belohnungen“ auch vergeben werden. Wie vorab angekündigt haben wir keine Jury zwecks Bewertung der Bilder auf die Beine gestellt, aus allen Einsendungen sollten, völlig unabhängig vom Motiv, drei Gewinnerinnen oder Gewinner per Los gezogen werden. Wieder einmal hat sich unsere Kreisgeschäftsführerin Monika Schmitz als „Glücksfee“ betätigt und aus den vielen Einsenderinnen und Einsendern folgende Glückspilze ermittelt:

Die Prämie von 150 Euro geht an Helga Banerjee aus Wegberg. Über 100 Euro darf sich Helmut Nobis aus Heinsberg freuen und mit 50 Euro kann Jürgen Houben aus Heinsberg sein „Taschengeld“ aufbessern. Wir bitten die Gewinner, sich mit Monika Schmitz unter der Rufnummer 02452 919910 zwecks Preisübergabe in Verbindung zu setzen.

Wir sagen allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern noch einmal herzlichen Dank!!!

Das Redaktionsteam

LAND

Vorschau:

44. CDU-Landesparteitag ~~Samstag, 26.03.2022, Uhrzeit und Ort offen x1~~ ENTFÄLLT!

Landtagswahl
Sonntag, 15.05.2022

KREIS

STV Heinsberg:

CDU-OV Oberbruch/CDU-OV Schafhausen - Politischer Aschermittwoch
„Wohin steuert die CDU im Bund und in NRW?“
Mittwoch, 02.03.20222, 18.30 Uhr,
Gaststätte „Haus Nobis“, Grebben

GV Selfkant:

CDU-OV Höngen - Neuwahl des Vorstandes
Montag, 14.03.2022, 19.30 Uhr
Kulturhaus x1

SEN:

SEN-STV Erkelenz - Mitgliedertreff
Dienstag, 15.03.2022, 16.00 Uhr
Ort offen (hybrid)

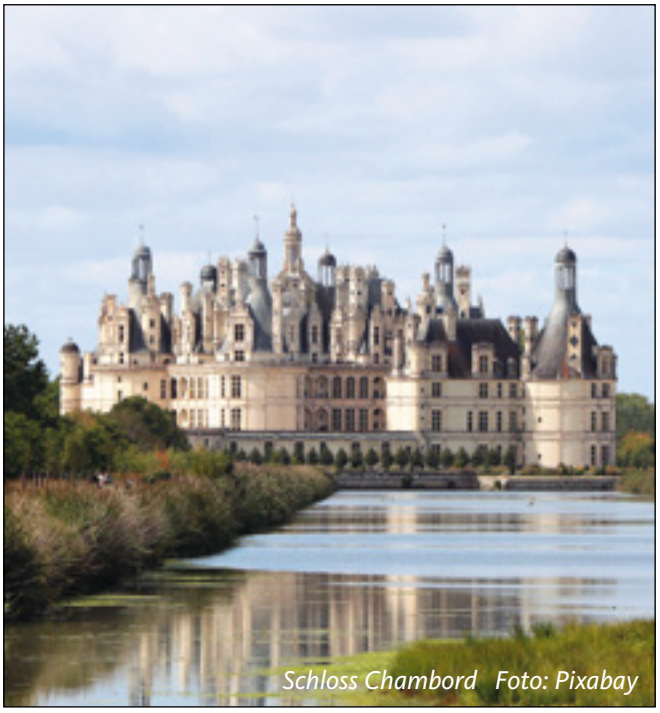
SEN-STV Erkelenz
Dienstag, 15.03.2022, Uhrzeit offen,
Café Kö, Erkelenz, Kölner Straße

CDU-Agrarausschuss - Neuwahl des Vorstandes
Montag, 21.03.2022, 19.00 Uhr,
Festhalle Waldfeucht-Braunsrath,
Clemensstraße x1

AK Reise:

Vorschau:

Loirefahrt 12. - 17.05.2022
Auskunft erteilt: Rosemarie Gielen 02454/1436



Schloss Chambord Foto: Pixabay

Norwegen 06. - 13.09.2022
Auskunft erteilt: Rosemarie Gielen 02454/1436

Für alle Veranstaltungen gelten die aktuellen Coronaregeln!

Zu allen mit x1 gekennzeichneten Terminen werden Einzeleinladungen verschickt